



Kommunen bei Flüchtlingsarbeit entlasten

Koalition übernimmt weitgehend Unions-Vorschläge zur Asylpolitik

Sach- statt Geldleistungen für Asylbewerber, weitere sichere Herkunftsländer und eine faire Verteilung der Flüchtlinge in der EU: Die Ergebnisse des Koalitionsausschusses entsprechen weitgehend dem, was von der Fraktionsspitze von CDU und CSU vorgeschlagen wurde.

Künftig sollen Länder und Kommunen bei der Versorgung der Flüchtlinge finanziell besser unterstützt werden. Drei Milliarden Euro stellt der Bund dazu den Kommunen zur Verfügung, verlangt aber auch, dass die Asylverfahren beschleunigt werden und Antragsteller mit geringen Aussichten auf eine erfolgreiche Bewilligung in den Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben, bis das Verfahren entschieden ist.

Das Maßnahmenpaket zur Bewältigung des Flüchtlingsstromes setzt an verschiedenen Punkten gleichzeitig an - genauso, wie es die Unionsfraktion vorgeschlagen hatte. Das im Koalitionsausschuss verabredete Gesamtpaket hat einen fünfgliedrigen Ansatz: die Fluchtursachen bekämpfen, eine gemeinsame europäische Antwort finden, den tatsächlich Verfolgten helfen, die Nicht-Verfolgten dazu zu bringen, in ihrer Heimat zu bleiben oder dahin zurückzukehren und schließlich Kommunen und Ländern helfen.

Die faire Verteilung der Flüchtlinge auf die EU-Mitgliedstaaten ist eine Forderung, die ebenfalls Eingang in den Maßnahmenkatalog fand. In den EU-Mitgliedstaaten, an deren Außengrenzen der Flüchtlingsandrang besonders groß ist - wie in Italien, Ungarn oder Griechenland - sollen menschenwürdige Aufnahme- und Registrierungseinrichtungen geschaffen werden. Diese Staaten sollen dafür finanzielle Unterstützung erhalten. Außerdem soll auf EU-Ebene die Schleuserkriminalität besser bekämpft werden.

Um die Flüchtlingssituation im Inland zu bewältigen, will der Bund im Haushalt für das kommende Jahr drei Milliarden Euro zusätzlich bereitstellen. Den Ländern und Kommunen will er weitere drei Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Wie sie genau verwendet werden, darüber soll bis zum 24. September mit den Ländern Einvernehmen erzielt werden.

Bei den Asylverfahren setzt die Koalition klar auf eine Beschleunigung der Bearbeitung. Dafür sollen die Stellen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BMAF) aufgestockt werden.

Auch bei der Bundespolizei werden 3.000 zusätzliche Stellen für die kommenden drei Jahre geschaffen. In den Erstaufnahmeeinrichtungen hilft der Bund Ländern und Kommunen beim Ausbau winterfester Plätze für die Flüchtlinge.

Der Bund wird auch das starke und breite freiwillige Engagement der Bürgerinnen und Bürger unterstützen. Beim Bundesfreiwilligendienst sollen dazu 10.000 zusätzliche Stellen geschaffen werden.

Um Fluchtursachen im Ausland zu bekämpfen und Nachbarländer von Krisenstaaten zu stabilisieren, will der Bund sein Engagement für Krisenbewältigung und -prävention ausbauen. Dafür werden die Mittel im Haushalt des Auswärtigen Amtes um jährlich 400 Millionen Euro aufgestockt.

Der Bund wird die Integrationskurse, wie mit den Ländern bereits vereinbart, für Asylbewerber und Geduldete öffnen und die Mittel entsprechend dem gestiegenen Bedarf aufstocken. Ebenso wird eine bedarfsgerechte Finanzierung der berufsbezogenen Sprachförderung durch zusätzliche Bundesmittel sichergestellt.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,



die Flüchtlingskrise, die Deutschland und Europa seit Monaten beschäftigt, war auch Thema dieser Haushaltswoche des

Bundestages. Die Union hat ihre Vorschläge zur Bewältigung der Flüchtlingskrise bereits in der vergangenen Woche vorgelegt.

Für uns hat die Integration der Menschen höchste Priorität. Wir müssen aufpassen, dass wir aus den Fehlern der 60er Jahre lernen und diese nicht wiederholen. Wer bei uns bleiben möchte, der muss zwingend unsere Gesetze und Regeln akzeptieren. Toleranz für Parallelgesellschaften lehnen wir klar ab. Genauso haben wir keine Toleranz für fremdenfeindliche Hetze.

Menschen die keine Aussicht auf Asyl wegen politischer Verfolgung haben, das sind insbesondere Menschen aus den Balkanstaaten, müssen zügig zurückgeführt werden. Hierzu wollen wir die Liste der sicheren Herkunftsländer erweitern.

Wir fordern darüber hinaus die Solidarität aller Länder der Europäischen Union. Nur eine faire Verteilung der Flüchtlinge auf die Mitgliedsstaaten der EU kann Entlastung schaffen.

Dass wir bei diesem Thema schnell handeln, zeigt die dieswöchige Debatte zum Haushalt 2016. Wir werden zusätzliche Mittel für die Kommunen bereitstellen, die Asylverfahren beschleunigen, die Integration vorantreiben und das freiwillige Engagement unterstützen.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Peter Hintze MdB

Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: DBT/Stella von Saldern

Herausforderung Bundeshaushalt 2016

Haushaltsplan der Flüchtlingssituation angepasst

Die Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag stand im Zeichen der aktuellen Flüchtlingssituation. Das machten Bundestagspräsident Norbert Lammert und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble zum Auftakt der Haushaltsberatungen für das Jahr 2016 deutlich.

Im derzeit vorliegenden Entwurf sind Mehrausgaben für Flüchtlinge, auf die sich die Koalitionsspitzen verständigt haben, noch nicht berücksichtigt. Bundesfinanzminister Schäuble will daher einen Nachtragshaushalt zum bisherigen Plan vorlegen. Im regulären Plan sind bisher Gesamtausgaben in Höhe von 312 Milliarden Euro vorgesehen, das sind 10,4 Milliarden Euro mehr als im laufenden Jahr 2015.

Auch über 2016 hinaus soll es laut Finanzministerium bei der "schwarzen Null" bleiben. Dies ist machbar wegen der anhaltend guten Konjunkturdaten: Für dieses und nächstes Jahr ist weiterhin mit einem guten Wirtschaftswachstum zu rechnen. Außerdem will der Finanzminister die zusätzlichen Ausgaben für Flüchtlinge mit Hilfe des Milliarden-Überschusses schultern, der in diesem Jahr dank der stabilen Konjunktur und höherer Steuereinnahmen anfällt. Im Haushaltsentwurf 2016 und im Finanzplan bis 2019 wird die Initiative zur weiteren Stärkung der Investitionen des Bundes um zusätzliche 10 Mrd. Euro für die Jahre von 2016 bis 2018 umgesetzt. Der Schwerpunkt liegt bei Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, die digitale Infrastruktur, die Energieeffizienz, den Klimaschutz und die Städtebauförderung.

Der Haushalt bildet zudem den geplanten Abbau der kalten Progression sowie die Anhebung von Kinderfreibetrag, Kindergeld, Kinderzuschlag und Alleinerziehendenentlastungsbetrag ab. Damit werden insbesondere Arbeitnehmer und Familien im Umfang von über 5 Mrd. Euro pro Jahr entlastet.

Der Bund setzt mit den Haushaltsbeschlüssen seine kommunalfreundliche Politik weiter fort. Zusätzlich zum bereits beschlossenen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ im Umfang von 3,5 Mrd. Euro für finanzschwache Kommunen wird die für 2017 geplante weitere Entlastung der Kommunen von 1 Mrd. Euro auf 2,5 Mrd. Euro aufgestockt.

Mit dem Haushaltsausgleich ohne neue Schulden leistet der Bund einen entscheidenden Beitrag dafür, die gesamtstaatliche Schuldenstandsquote der Bundesrepublik Deutschland weiter zu verringern. Bereits im Jahr 2016 ist eine Quote von unter 70 % des BIP erreichbar. Dies ist Ausdruck einer generationengerechten Politik und gute Vorsorge für die Zukunft angesichts der demografischen Entwicklung in Deutschland.



Entwicklungsleistungen an die Rücknahme von Flüchtlingen knüpfen

Entwicklungspolitik stärker zur Fluchtursachenbekämpfung einsetzen

Die Beschlüsse des Koalitionsausschusses vom 06.09.2015 sehen auch die Bekämpfung der Fluchtursachen in Herkunftsländern von Flüchtlingen vor. Dazu erklärt die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Sabine Weiss MdB:

„Die CDU/CSU-Fraktion setzt sich für eine Verstärkung der Maßnahmen der unmittelbaren Fluchtursachenbekämpfung auch im Rahmen der Entwicklungspolitik ein. Dazu gehört, Entwicklungsleistungen an die Rücknahme von Flüchtlingen ohne Schutzbedarf zu binden. Dies würde die Anreize zur Rücknahme durch die Herkunftsländer erhöhen. Es kann nicht sein, dass Deutschland finanziell zum Aufbau von Ländern beiträgt, deren Regierungen sich weigern, die eigenen Bürger wieder aufzunehmen.“

Neben der allgemeinen Verbesserung der Lebensbedingungen und insbesondere der Verdienstmöglichkeiten der Menschen in armen Ländern geht es jetzt ganz konkret um den winterfesten Ausbau von Flüchtlingslagern. Dies ist aktuell die vordringlichste Maßnahme der Fluchtursachenbekämpfung. Das gilt insbesondere in der nahöstlichen Krisenregion, wo die Versorgung der Menschen mit wichtigen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, von der Ernährung, über die Schulbildung bis zur Wasserversorgung sicherzustellen ist. Ziel muss es sein, den Menschen in den Flüchtlingslagern eine Lebensperspektive zu geben, damit sie möglichst nah an der Heimat bleiben können, bis die Bedingungen in ihrem Heimatland eine Rückkehr ermöglichen. Die geplanten Mehrausgaben für Entwicklungszusammenarbeit von 8,3 Milliarden Euro in vier Jahren bieten hierfür ausreichend Spielraum. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung verfügt mit seiner Sonderinitiative „Fluchtursachen bekämpfen“ zudem über das geeignete Instrumentarium.“

Foto: Sven Teschke

Impressum:

Ausgabe Nr. 14/2015
10. September 2015

Landesgruppe NRW
der CDU/CSU-Fraktion
im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth
Fabian Bleck